

**Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen  
und DIE LINKE**

**„Sprach- und Integrationsmittler“ und „Sprach- und Kulturlotsen“ in  
die öffentliche Verwaltung übernehmen!**

Viele nach Bremen aus dem Ausland zugezogene Menschen mit und ohne Geflüchteten-Biografie benötigen Unterstützung, um sich im Alltag in neuer Umgebung zurechtzufinden. Zwar findet sich in Bremen bei familiären Problemen, Schwierigkeiten mit der Erziehung oder anderen Notlagen, in denen Menschen auf professionelle Unterstützung angewiesen sind, ein gutes und weit verzweigtes Netz an Organisationen, die Hilfe und Unterstützung leisten, jedoch stößt dieses häufig auf Schwierigkeiten in der Verständigung.

Viele Menschen, die in Bremen eine neue Heimat finden wollen, haben neben den zunächst geringen Deutschkenntnissen zusätzliche Barrieren zu überwinden. Häufig wissen sie nicht, in wie weit es in ihrer Nachbarschaft entsprechende Unterstützungsangebote gibt oder trauen sich nicht, die Unterstützungsangebote in Anspruch zu nehmen – auch weil sie Probleme mit der sprachlichen Verständigung haben. Aus diesem Grund wurden in Bremen mit öffentlicher Förderung Menschen mit Migrationsgeschichte zu „Sprach- und Kulturlots\*innen“ sowie zu „Sprach- und Integrationsmittler\*innen“ fort- und ausgebildet. Neben sprachlicher Unterstützung bieten sie auch Hilfestellung z.B. beim Besuch in Behörden wie Jobcenter, Einwohnermeldeamt, Ausländerbehörde oder Standesamt.

Zudem begleiten sie neu angekommene Menschen in Bremen bei Arztbesuchen oder erledigen Formalitäten mit Energieversorgern oder Telefonanbietern. Die Etablierung des Fortbildungsberufes „Sprach- und Integrationsmittler\*in“ hat mittlerweile in vielen bundesdeutschen Kommunen gute Fortschritte gemacht. Das Fortbildungscurriculum der Sprach- und Kulturlots\*innen“ ist ähnlich ausgerichtet und wurde ebenfalls erfolgreich umgesetzt. Die Erfahrungen in der Praxis zeigen, dass die Mittler\*innen und Lots\*innen wertvolle Arbeit leisten. Zudem belegen zahlreiche Studien den großen Bedarf in den Einrichtungen des Sozial- und Gesundheitswesens und den Institutionen einer modernen Stadtgesellschaft allgemein.

Die „Sprach- und Kulturlots\*innen“ und die „Sprach- und Integrationsmittler\*innen“ haben selbst Migrationserfahrung, kommen aus unterschiedlichen Kulturkreisen und leben schon seit Jahren in Bremen. Sie sind somit „Expertinnen und Experten im Ankommen“ aus eigener Lebenserfahrung. Sie beherrschen unterschiedliche Sprachen und können sich aufgrund der eigenen Lebensgeschichten in jene von anderen migrierten Menschen gut hineinfinden.

Sie leisten einen erheblichen Beitrag zu einer möglichst frühen Integration in die Bremer Stadtgesellschaft. Leider verblieb der Großteil der „Sprach- und Kulturlotsen“ und der „Sprach- und Integrationsmittler\*innen in den vergangenen Jahren im Anschluss an die Fortbildung selbst in öffentlich geförderten Beschäftigungsprojekten oder ist vorwiegend ehrenamtlich tätig.

Da sich der Einsatz von Mittler\*innen und Lots\*innen in Bremer Ämtern und Behörden in den vergangenen Jahren sehr bewährt und damit gleichzeitig für sie eine berufliche Perspektive geschaffen wurde, sollte nun den qualifizierten „Sprach- und Kulturlotsen“ und „Sprach- und Integrationsmittlern“ ein beruflicher Einstieg in eine sozialversicherungspflichtige und dauerhafte Beschäftigung eröffnet werden. Damit würde auch dem hohen Bedarf an kultursensibler Übersetzung in den Dienststellen Rechnung getragen werden.

**Beschlussempfehlung:**

Die Stadtbürgerschaft möge daher beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. ein zwischen den Ressorts Soziales und Arbeit abgestimmtes Konzept zu erstellen,
  - a) das darstellt, wie qualifizierte Sprach- und Kulturmittler\*innen sowie Sprach- und Integrationsmittler\*innen (Sprinter) dauerhaft in ausgewählten Dienststellen der öffentlichen Verwaltung angestellt oder eine weitere Beschäftigung bei Trägern ermöglicht werden kann;
  - b) das prüft, welche Finanzierungsmöglichkeiten innerhalb der Dienststellen bestehen, in denen bereits die Tätigkeiten der Sprach- und Kulturmittler\*innen sowie Sprach- und Integrationsmittler\*innen (Sprinter) zum Einsatz kommen und an einer Verstärkung ein hohes Interesse aufgrund der erfolgreichen Arbeit haben;
  - c) das prüft, welche Finanzierungsmöglichkeiten insbesondere bestehen, die das Ziel verfolgen, die Frauenerwerbsquote deutlich zu steigern.
  
2. der Stadtbürgerschaft innerhalb von sechs Monaten nach Beschlussfassung zu berichten.

Valentina Tuchel, Birgitt Pfeiffer, Mustafa Güngör  
und Fraktion der SPD

Sahhanim Görgü-Philipp, Dr. Henrike Müller,  
Björn Fecker und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN

Cindi Tuncel, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE  
LINKE

